

US-Senat untersucht Metas Bestrebungen, Zugang zu China zu erhalten

Der US-Senat prüft Meta's Bestrebungen, Zugang zum chinesischen Markt zu erhalten. Unter Verdacht stehen mögliche Zensurwerkzeuge für die KP Chinas. Offenlegung bis zum 21. April gefordert.



Washington – Ein Untersuchungsausschuss des US-Senats hat am Dienstag eine Überprüfung der Bemühungen von Meta Platforms, der Muttergesellschaft von Facebook, eingeleitet, um Zugang zum chinesischen Markt zu erhalten. Der Ausschuss fordert von dem Unternehmen Dokumente, die Aufschluss über diese Aktivitäten geben.

Senatoren fordern Klarheit von Meta

Senator Ron Johnson, der dem ständigen Untersuchungsausschuss vorsteht, sowie der führende Demokrat Senator Richard Blumenthal und Senator Josh Hawley haben Meta-CEO Mark Zuckerberg zu den Vorwürfen befragt, dass das Unternehmen an der Entwicklung von Zensurinstrumenten für die Kommunistische Partei Chinas gearbeitet habe. Dies sei Teil der Bestrebungen gewesen, im chinesischen Markt Fuß zu fassen, wie aus einem von Reuters einsehbaren Schreiben hervorgeht.

Dokumente zur Offenlegung bis April gefordert

Die Senatoren verlangen von Meta, umfangreiche Unterlagen offenzulegen, darunter alle Unternehmenskommunikationen oder Protokolle von Treffen mit chinesischen Regierungsbeamten seit 2014. Diese Informationen sollen bis zum 21. April bereitgestellt werden.

„Projekt Aldrin“ und interne Akten

Die Senatoren berufen sich auf Berichte aus dem kürzlich veröffentlichten Buch „Careless People“ der ehemaligen Facebook-Managerin Sarah Wynn-Williams. Laut dem Buch habe das Unternehmen 2014 einen „Drei-Jahres-Plan“ entwickelt, um Zugang zum chinesischen Markt zu erhalten. Diese Initiative sei unter dem Codenamen „Projekt Aldrin“ geführt worden.

Meta weist Vorwürfe zurück

Ein Sprecher von Meta wies die Vorwürfe zurück. „Die Vorwürfe stammen von einem Mitarbeiter, der vor acht Jahren aufgrund schlechter Leistungen entlassen wurde. Wir bieten unsere Dienstleistungen heute nicht in China an. Es ist kein Geheimnis, dass wir damals interessiert waren, dies zu tun, um die Welt miteinander zu verbinden“, erklärte das Unternehmen. „Schließlich haben wir uns entschieden, die Ideen, die wir

erörtert hatten, nicht weiterzuverfolgen, was Mark Zuckerberg 2019 bekannt gab.“

Ernsthafte Bedenken seitens der Senatoren

Blumenthal äußerte ernsthafte Bedenken zu den Vorfällen. „Erschreckende Whistleblower-Dokumente, die vom Ausschuss geprüft wurden, zeichnen ein verheerendes Bild eines Unternehmens, das zensiert, verbirgt und täuscht, um Zugang zum chinesischen Markt zu erhalten“, sagte er.

Zusätzliche Dokumente und Informationen gefordert

Das Schreiben des Ausschusses fordert außerdem Unterlagen zu den Tochtergesellschaften und Partnern von Facebook/Meta in China sowie zur Einführung von Apps in China, darunter Colorful Balloons, Flash, Boomerang, Layout, Hyperlapse und MSQRD. Zudem sollen alle Kommunikationen, die sich auf „Projekt Aldrin“ beziehen, bereitgestellt werden.

Das Schreiben verlangt zudem Aufzeichnungen seit 2014, die sich auf jegliche Bestrebungen beziehen, Inhalte auf Anfrage der Regierung zu zensieren oder zu entfernen sowie Informationen zu einem gescheiterten Versuch, ein Unterseekabel für Telekommunikation zwischen Kalifornien und Hongkong zu verlegen.

Details	
Quellen	• edition.cnn.com

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at